

Lieferkettenrichtlinie: Ökonomen warnen vor Abschwächung

90 Ökonomen aus 13 europäischen Ländern erwarten für die Wirtschaft einen Gewinn bei der Umsetzung der europäischen Lieferkettenrichtlinie. „In turbulenten Zeiten schafft die CSDDD auch einen Anreiz für die europäische Wirtschaft zu einer Spezialisierung, bei der die Gewinne nicht mehr auf Kosten von Menschenrechten und Umwelt gemacht werden“, schreiben sie in einer [am Montag veröffentlichten Erklärung](#). Sollte die EU-Kommission dagegen wie geplant die Richtlinie abschwächen, würden sie signifikant weniger wirken. Unter den Erstunterzeichnern sind auch 20 Wirtschaftswissenschaftler aus Deutschland.

Die Ökonomen kritisieren explizit die Bezugnahme der EU-Kommission auf einen Bericht von Mario Draghi zur Rechtfertigung des Omnibus-I-Pakets zur so genannten „Vereinfachung“ der Lieferkettenrichtlinie. Draghi erwähne die Lieferkettenrichtlinie überhaupt nur in einem Satz im Anhang seines Berichts. Dort sei die Rede davon, dass „der EU-Rahmen für die Nachhaltigkeitsberichterstattung und die Sorgfaltspflicht eine wichtige Quelle für regulatorische Belastungen ist“. Allerdings liefere der Report dazu keine empirischen Beweise, heißt es weiter.

Anders als von manchen Akteuren propagiert, behinderten die Gesetze des Green Deal keineswegs die europäische Wettbewerbsfähigkeit, schreiben die Ökonomen. Hindernisse sehen die Unterzeichner vielmehr in hohen Energiepreisen, geopolitischen Konflikten, der [US-Zollpolitik](#), der Niedriglohnpolitik, einer schwachen Binnennachfrage in Europa, niedrigen öffentlichen Investitionen und dem Fachkräftemangel. Zudem zeigten unabhängige Studien wie zuletzt von der EU-Plattform für nachhaltige Finanzen, dass die Nachhaltigkeitsvorschriften „beginnen zu greifen“.

Von ersten zaghaften Erfolgen ist auch in einer Studie über die Wirkung des deutschen Lieferkettengesetzes die Rede, welche Tablej.Briefings ebenfalls vor Veröffentlichung vorlag. Dafür untersuchten die NGO ECCHR und die beiden kirchlichen Organisationen Misereor und Brot für die Welt 18 konkrete Beschwerden gegen deutsche und in Deutschland tätige Unternehmen.

Das Lieferkettengesetz eröffnet demnach neue Rechtswege. Erste Verbesserungen seien in Verhandlungen mit Unternehmen erzielt worden, wie im Falle von Rewe. Nachen sich Gewerkschafter über Bedingungen beim Anbau von Bananen beschwert hatten, habe es Lohnerhöhungen und „mehr Schutz vor dem Einsatz giftiger Pestizide gegeben“, heißt es.

Um mehr zu wirken, müsse das Lieferkettengesetz aber „konsequent durchgesetzt“ werden, so die Studienautorin Annabell Brüggemann vom ECCHR. Empfohlen werden eine Verbesserung von unternehmensinternen Beschwerdemechanismen sowie mehr Transparenz, Kontrolle und eine konsequente Sanktionierung von Verstößen durch das zuständige Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle.

Die von der Bundesregierung laut Koalitionsvertrag geplanten Änderungen am Gesetz seien

„problematisch“, kritisieren die NGOs. Damit würden Menschenrechtsverletzungen „in tolerierbare und sanktionierbare unterteilt und rechtliche Grauzonen geschaffen“, warnt Maren Leifker von Brot für die Welt. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) hat sich sogar mehrfach für eine Abschaffung der europäischen Lieferkettenrichtlinie ausgesprochen, Vizekanzler Lars Klingbeil (SPD) mit Verweis auf den [Koalitionsvertrag](#) widersprochen. *Caspar Dohmen*